

Zürcher Kirchenrat kritisiert Muslime

Reformierte wollen von islamischen Verbänden Bekenntnis zum Schweizer Rechtsstaat

Der Zürcher Kirchenrat fordert als Folge der Minarettinitiative einen verbindlichen Dialog mit den Muslimen. Kritische Punkte sollen zur Sprache kommen.

Matthias Herren

Der Zürcher Kirchenrat verschärft den Ton im Dialog mit den Muslimen. In der Antwort auf eine Interpellation des Kirchenparlaments kritisiert die reformierte Kirchen-Exekutive die muslimischen Dachverbände, dass sie sich «bis heute nicht eindeutig und bedingungslos für die Akzeptanz des schweizerischen Rechtssystems ausgesprochen haben». Konkret wirft der Kirchenrat Farhad Afshar, dem Präsidenten der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz, vor, dass er die Loyalitätspflicht der Muslime in der Schweiz mit dem islamischen Recht begründet. Afshar sagt, dass man die Rechtsauffassung eines Landes zwar akzeptiere, doch das weltliche Gesetz für einen Muslim nicht oberste Instanz sei. Er verlangt, dass in der Schweiz auch muslimische Schiedsgerichte zugelassen werden. «Ich bedaure, dass mich der Zürcher Kirchenrat deswegen kritisiert», reagiert Afshar auf die Kritik.

Verhärtete Fronten

Bisher konnten die Muslime darauf zählen, dass die christlichen Kirchen Verständnis für ihre Anliegen zeigten und die Gemeinsamkeiten der beiden Religionen in den Vordergrund stellten. Die Annahme der Minarettinitiative und der vorangegangene heftige Abstimmungskampf haben nun eine starke Polarisierung bewirkt und die Diskussionen rund um den Islam verhärtet. Christen und Muslime sind gleichermaßen verunsichert, wie es nun weitergehen soll. «Dieser veränderten gesellschaftlichen Situation müssen



Farhad Afshar soll sich nach Ansicht des Kirchenrats erklären. (Bern, 12. März 2010)

wir Rechnung tragen», sagt Philippe Dätwyler von der reformierten Kirche des Kantons Zürich. «Ob diese gegenseitigen Ängste berechtigt sind oder nicht, ist nicht entscheidend.» Die Verunsicherung sei real und müsse darum ernst genommen werden. «Um aus dieser Situation der gegenseitigen Entfremdung herauszukommen, reichen gemeinsame Friedensgebete und gegenseitige Besuche nicht», sagt Dätwyler. Vielmehr brauche es von beiden

Seiten Zeichen der gegenseitigen Achtung und vertrauensbildende Massnahmen. Dazu gehöre, dass man sich im Dialog mit den Muslimen gegenseitig auch kritische Fragen zumute.

Fehlende Selbstkritik

Die Interpellationsantwort des Kirchenrats weist darauf hin, dass viele Muslime kaum gelernt hätten, ihre Religion selbstkritisch zu betrachten. Denn Muslime würden den Islam als

Vervollkommnung der «defizitären» Vorgänger-Religionen Judentum und Christentum betrachten. Der Kirchenrat erklärt die Akzeptanz von Muslimen, die zu einer anderen Religion wechseln, zum Prüfstein, wie weit der Islam mit den modernen Menschenrechten kompatibel sei. Obwohl die Vereinigung Islamischer Religionen Zürich in einem Positionspapier «die Verfolgung von Ex-Muslimen kategorisch ablehnt», bezeichnet Dätwyler die Konversion auch hierzulande als im Einzelfall nach wie vor schwierig.

Kirchenratspräsident Ruedi Reich wird die Position des Kirchenrates am 8. Juni vor der Kirchensynode vertreten. Für ihn geht es um «Klarheit bezüglich unserer Rechtsordnung, an die sich alle zu halten haben». Zudem soll der «konstruktiv-kritische Austausch» mit den islamischen Gemeinschaften verbindlicher werden.

Für Organisationen, die sich im interreligiösen Dialog engagieren, ist die Tonalität des kirchenrätlichen Papiers ungewohnt. Hanspeter Ernst vom Zürcher Lehrhaus betont aber, dass im Gespräch mit anderen Religionen schon immer auch die Differenzen angesprochen wurden. Der schärfere Ton des Kirchenrats sei aber weniger ein Signal an die Muslime, als vielmehr eines an die Schweizer Bevölkerung, die zurzeit sehr verunsichert sei. Vor diesem Hintergrund würden unproblematische Punkte wie das Bekenntnis der Muslime zum Schweizer Rechtssystem ins Zentrum der öffentlichen Diskussion treten. «Es besteht aber kein Grund, daran zu zweifeln, dass sich die Muslime an die Schweizer Verfassung halten», sagt Ernst.

Heinz Haab, Sekretär der Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz (Iras), teilt diese Meinung. Für Iras stehe deshalb auch nicht die Kritik, sondern der Respekt im Umgang mit Muslimen im Vordergrund.

Bei den Genfern käme ein Burkaverbot schlecht an

Genf hat für die Forderung eines Burkaverbots kein Verständnis. Hotels und Behörden fürchten die Folgen.

Annegret Mathari, Genf

Frauen im Ganzkörperschleier sind in der Schweiz wohl am ehesten im Sommer am Genfersee zu sehen – es sind vor allem Touristinnen aus den Golfstaaten. Genf, wo sich der europäische Uno-Hauptsitz und weitere internationale Organisationen befinden, gibt sich weltoffen und pragmatisch. Vorschläge für ein Burkaverbot stossen hier auf Unverständnis. Der Niqab, so der Name des Schleiers in den Golfstaaten, sei «weder ein Thema noch ein Problem», sagt ein Polizeisprecher.

Für die Genfer Hotels sind die zahlungskraftigen Kunden aus dem Nahen und Mittleren Osten wichtig. «Wir tun alles, damit sich unsere Gäste wohlfühlen», sagt Nicole Boghossian vom Hotel Kempinski, das im Sommer jeweils von Dutzenden solcher Touristinnen besucht wird.

Die Behörden von Stadt und Kanton heben hervor, dass es die Genfer Bevölkerung – bei einem Ausländeranteil von fast 50 Prozent – gewohnt sei, Menschen aus anderen Ländern zu begegnen oder mit ihnen zusammenzuleben. Bei den Frauen aus den Golfstaaten sei das Tragen des Ganzkörperschleiers Sitte, sagt Nicolas Merckling von der Staatskanzlei. Nicht ohne Stolz weist er darauf hin, dass Genf als einer der wenigen Kantone das Minarettverbot ablehnte.

Über ein Verbot des Ganzkörperschleiers wäre der Kanton nach den Worten von Staatskanzlerin Anja Wyden Guelpa sehr besorgt. Das Image der Schweiz habe bereits aufgrund des Minarettverbots gelitten.

Polizei- und Justizpalast in Zürich wankt

Die Zürcher Regierung hat beim Polizei- und Justizzentrum falsch gerechnet. Tatsächlich ist der Neubau weniger wirtschaftlich als der bisherige Zustand.

Benjamin Tommer

Auf dem Areal des stillgelegten Zürcher Güterbahnhofs soll das vielleicht grösste Gebäude der Schweiz entstehen, das Polizei- und Justizzentrum. Es kostet voraussichtlich rund 570 Millionen Franken. Das Projekt scheint allerdings unter einem schlechten Stern zu stehen: Auch sieben Jahre nach dem Ja des Zürcher Stimmvolks sind weit und breit keine Baumaschinen in Sicht. Namentlich die prognostizierten Kosten verändern sich fast monatlich; vorübergehend erreichten sie den Rekordwert von fast 700 Millionen Franken. Dadurch aufgeschreckt, forderte das kantonale Parlament 2009 eine Klärung der Lage. Vor Monatsfrist traten der Bau-, der Justiz- und der Sicherheitsdirektor gemeinsam vor die Medien und präsentierten ein auf 570 Millionen abgespecktes Projekt.

Amt räumt Fehler ein

Recherchen der «NZZ am Sonntag» zeigen jetzt aber, dass den kantonalen Fachleuten im zentralen Bericht über die Wirtschaftlichkeit des Baus ein grober Fehler unterlaufen ist. So haben sie die potenziellen Mieteinnahmen aus den frei werdenden Liegenschaften vollumfänglich von den Kosten des Neubaus abgezogen. Dabei liessen sie ausser acht, dass solche Liegenschaften weiterhin Kosten verursachen. Abgezogen werden kann lediglich der Gewinn, der nur einen Bruchteil der Mieteinnahmen beträgt.

Das kantonale Immobilienamt räumt den Fehler auf Anfrage ein. Laut Sprecher Dominik Bonderer handelt es sich um ein Versehen. Das Amt habe den Bericht zur Wirtschaftlichkeit unterdessen korrigiert – mit entscheidenden Folgen: Gestützt auf den fehlerhaften Bericht stellte der Regierungsrat den Neubau gegenüber Parlament und

Öffentlichkeit als wirtschaftlichste Variante dar. Pro Quadratmeter sollte er 261 Franken kosten, genau gleich wie die gegenwärtige Lösung; die zahlreichen Zweige von Polizei und Justiz sind zurzeit in gegen dreissig kantons-eigenen und zugemieteten Gebäuden in Zürich untergebracht. Gestützt auf die korrigierten Werte entpuppt sich der Neubau jetzt aber plötzlich als klar teurere Variante. Der Quadratmeterpreis liegt neu bei 294 Franken.

Politische Mehrheit skeptisch

Diese neue Rangierung ist politisch von Belang, stehen dem Projekt doch mehrere Fraktionen kritisch gegenüber. SVP, Grüne und Grünliberale sprechen schon lange von einem Luxusvorhaben. Selbst die FDP, die sich zur Zeit der Volksabstimmung noch vehement für das Polizei- und Justizzentrum eingesetzt hatte, scheint jetzt zu zweifeln: Für die FDP sei die Wirtschaftlichkeit die zentrale Frage, sagt dazu Kantonsrätin Carmen Walker Späh. Wenn sich herausstellen sollte, dass der Neubau nicht mehr die wirtschaftlichste Variante ist, sei fraglich, ob die FDP weiterhin für den Neubau eintrete, sagt sie.

Martin Geilinger, Kantonsrat der Grünen und Immobilienfachmann, hält selbst die korrigierten Zahlen noch für falsch. Nach wie vor rechne das Immobilienamt mit einer Rendite auf den frei werdenden Liegenschaften von abenteuerlichen 40 Prozent. Das sei unmöglich. Richtig gerechnet lägen die Kosten des Neubaus also noch höher.

Bonderer bestätigt: Dem Immobilienamt sei klar, dass die Rendite hoch angesetzt und so nicht nachhaltig sei. Möglich sei das aber, weil in viele Objekte nicht mehr investiert werde.

Zurzeit prüft die Baukommission des Kantonsrats das Projekt. Deren Präsident Thomas Hardegger will noch keine Prognose zur politischen Zukunft des Polizei- und Justizzentrums machen. Aufgabe der Kommission sei nur, zu prüfen, ob das Volk mit dem vorliegenden Projekt noch das bekomme, was es in der Volksabstimmung 2003 gutgeheissen hatte.



Die verwilderte Pferdeherde wird von Helfern zusammengetrieben. (Monte Bisbino, 29. Mai 2010)

Weg ins Glück für Tessiner Wildpferde

Zwei von Menschen bedrängte Herden von Wildpferden aus dem schweizerisch-italienischen Grenzgebiet werden an diesem Wochenende auf sichere Weideflächen im Valle d'Intelvi gebracht.

Die Herden-Umsiedlung sollte eigentlich um sechs Uhr morgens starten. Doch wie überzeugt man zwei Gruppen von Natur aus eigenwilliger und zudem verwilderter Haflingerpferde, sich an diesem Samstagmorgen am Startpunkt auf der Alpe Böcc – dort stossen Italien und die Schweiz aneinander – einzufinden? Schon der Beginn der «Transumanza», der Wanderung der beiden Herden von den Weiden des Monte Bisbino in Richtung des Valle d'Intelvi, gestaltet sich deshalb bewegt. Den wilden Gebirgsperden scheint der Grund der Zweittages-Wan-

derung nicht einzuleuchten. Dabei geht es um ihre Sicherheit.

Seit dem vorletzten Winter lebten die beiden Herden im Grenzgebiet in Gefahr. Zeitweise waren sie vom Hungertod bedroht, und es stellten ihnen auch immer wieder Bauern und Jäger nach. Der Leithengst einer der beiden Herden fiel diesen Hetzjagden zum Opfer. Das motivierte eine Gruppe von Tierfreunden aus Italien und der Schweiz, sich des Schicksals dieser Pferde anzunehmen.

Man entschied, nicht zuletzt aus versicherungstechnischen Gründen, einen Verein zu gründen. Dieser – vermutlich einer von wenigen funktionierenden schweizerisch-italienischen Vereinen – organisierte Winterweiden, Heu und medizinische Versorgung. Die Pferde wurden vom Berg geholt und

überwinterten unter medizinischer Aufsicht. Vier Fohlen wurden geboren. Am Samstag startete nun das Projekt «Transumanza» – Herden-Umzug ins Valle d'Intelvi.

Beim Start zerstreuten sich die beiden Herden zuerst in alle Richtungen. Doch dann setzten sich die beiden Gruppen, von denen die eine von einer Maultierstute angeführt wird, langsam in Bewegung. Rund sechzig Freiwillige aus Norditalien und dem Tessin begleiteten die 16 erwachsenen Pferde und die inzwischen vier Fohlen. Zielort ist am Sonntag das Valle d'Intelvi, wo den beiden Herden genügend Weiden zur Verfügung stehen. Ihr Wohlergehen steht dann unter Kontrolle der Giacche Verdi, der berittenen Umwelt- und Zivilschutzorganisation Italiens.

Barbara Hofmann, Monte Bisbino